

Oberursel (Taunus),

United States Department of Justice
Merrick Garland
United States Attorney General
950 Pennsylvania Avenue NW
Washington, DC 20500-0001
- USA -

DER FALL TOFFIQ AL BIHANI

Sehr geehrter Herr Justizminister,

mit diesem Schreiben möchte ich zum Ausdruck bringen, dass ich sehr besorgt über den Fall des jemenitischen Staatsangehörigen Toffiq al-Bihani bin, der seit fast 18 Jahren ohne Anklage oder Prozess in Guantánamo festgehalten wird.

Al-Bihani sitzt seit Anfang 2003 in dem Gefangenenlager, nachdem er zwischen 2001 und 2002 von der iranischen Polizei mit der Begründung verhaftet wurde, sich „illegal im Land aufzuhalten“ und Ende 2002 fast zwei Monate in geheimer CIA-Haft in Afghanistan untergebracht war. Hier, so der Senate Select Committee on Intelligence, wurden die Häftlinge in völliger Dunkelheit gehalten, Wachen überwachten die Häftlinge mit Scheinwerfern und beschallten die Häftlinge in der Einrichtung mit lauter Musik. Während sie in ihren Zellen waren, wurden die Häftlinge an die Wand gefesselt und bekamen einen Eimer als Toilette zur Verfügung gestellt. Einige Zellen wurden die Häftlinge mit den Händen über dem Kopf gefesselt, sodass sie zum Stehen gezwungen waren und ihnen somit kein Schlaf möglich war.

Die US-Behörden haben deutlich gemacht, dass sie nicht die Absicht haben, Toffiq wegen irgendeiner Straftat anzuklagen. Mitglieder von Amnesty International weltweit fordern die US-Regierung auf, ihn aus Guantánamo freizulassen, alle vergleichbaren Inhaftierungen im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsnormen zu beenden und das Gefangenenlager zu schließen. Die unbefristete Inhaftierung ohne Anklage durch die US-Regierung als Reaktion auf den 11. September 2001 war von Anfang an rechtswidrig. Dieses Haftregime muss beendet werden, und jeder Vorschlag zu seiner Fortsetzung oder Ausweitung muss verurteilt werden. Die Straflosigkeit der Verantwortlichen in Bezug auf Folter, Verschwindenlassen und andere Menschenrechtsverletzungen ist ungeheuerlich. Folter und gewaltsames Verschwindenlassen sind Verbrechen nach internationalem Recht.

Herr Justizminister, ich bitte Sie eindringlich, auf eine rechtmäßige Lösung für die noch in Guantánamo festgehaltenen Gefangenen hinzuarbeiten, indem Sie den Betroffenen entweder einen fairen Prozess vor einem ordentlichen Bundesgericht ermöglichen oder sie in ihr Heimatland oder Land ihrer Wahl überstellen. Diejenigen Gefangenen, die bereits für eine Überstellung freigegeben sind, wie Toffiq al-Bihani, sollten sofort überstellt werden. Hier muss die US-Regierung letztlich ihren eigenen Beschluss umsetzen, die bereits die Verlegung der Häftlinge empfiehlt. Alle Opfer von Folter oder anderer grausamer Behandlung müssen echten Zugang zu Entschädigungen erhalten. Diejenigen, die für Folter

und gewaltsames Verschwindenlassen verantwortlich sind, müssen in einem fairen Prozess vor Gericht gestellt werden.

Der 11. Januar, einige Tage vor dem Amtseintritt des Präsidenten im Weißen Haus, markiert den 19. Jahrestag der Eröffnung des Gefangenenlagers auf dem US-Militärstützpunkt Guantánamo Bay, Kuba. Amnesty International fordert den Präsidenten auf, sein Versprechen aus dem Jahr 2009, das Gefangenenlager sofort nach seinem Amtsantritt zu schließen, einzulösen.

Hochachtungsvoll